

EURE GESCHICHTE

Das Schulprojekt zur DDR und Nachwendegeschichte

Nachwendegeschichte (1990-2020)

30 Jahre Einheit – Zeitstreifen

Seite 1 von 16

Friedliche Revolution, Mauerfall – das Jahr 1989 hat die Wende eingeleitet. Seit 1990 ist Deutschland ein geeintes Land. Was sind die maßgebenden Ereignisse in den 30 Jahren Einheit? Die Zeit von 1990 bis 1999 hat Deutschland geprägt und in dieser chronologischen Auflistung findet ihr die wichtigsten Ereignisse.

1990

Frühjahr

Die DDR-Regierung sagt freie Wahlen zu. Diskussion über den Weg zur Wiedervereinigung, Bildung bzw. Neugründung von Parteien, die SED wird zur PDS (Partei des demokratischen Sozialismus).

18. März

Volkskammerwahl, stärkste Kraft wird die „Allianz für Deutschland“. Ministerpräsident wird de Maizière (CDU).

18. Mai

Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion unterzeichnet (tritt am 1.7. in Kraft), der 1:1-Kurs wird (weitgehend) durchgesetzt.

Sommer

Deutschland (noch ohne ostdeutsche Spieler) wird Fußball-Weltmeister.

23. August

Die Volkskammer beschließt den „Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes“.

12. September

Der „Zwei-plus-vier-Vertrag“ ermöglicht Aussetzung der alliierten Hoheitsrechte (Besatzungsrecht) und Weg zur vollen Souveränität des künftigen deutschen Staates.

3. Oktober

Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, Bundeskanzler Helmut Kohl strebt schnelle gesamtdeutsche Bundestagswahl an.

14. Oktober

Bei fünf Landtagswahlen im Gebiet der ehemaligen DDR wird die CDU überall (bis auf Brandenburg) stärkste Partei.

Joachim Gauck (Rostock) wird Chef der auch „Gauck-Behörde“ genannten Bundesbehörde zur Aufarbeitung der Stasi-Unterlagen.

2. Dezember

Gesamtdeutsche Bundestagswahl, die CDU/CSU gewinnt mit fast 44% bundesweit die relative Mehrheit. Die PDS gewinnt in Ostdeutschland nur 11,1%, die Bündnis90-Grünen 6%. Letztere vertreten aufgrund einer Sonderklausel die GRÜNEN im Bundestag, da deren Gesamtwert unter 5% liegt. Bundeskanzler bleibt Helmut Kohl (CDU).

Präsentiert von

mdr



EURE GESCHICHTE

Das Schulprojekt zur DDR und
Nachwendegeschichte

1991

30. April

Auslaufen der Trabant-Produktion in Zwickau.

10. Mai

Bundeskanzler Kohl wird in Halle unfreundlich empfangen („Eierwurf von Halle“).

20. Juni

Berlin wird in offener Abstimmung vom Bundestag zur neuen Hauptstadt gewählt. Bonn erhält einzelne Teilbehörden und Ausgleichszahlungen.

„Kahlschlag“ im Osten“ – zahlreiche Firmen bzw. Standorte werden ausgedünnt bzw. geschlossen. Übergangsregelungen (Kurzarbeitertgelt, Umschulungen) können die wachsende Arbeitslosigkeit nicht aufhalten.

1. Juli

Der sogenannte „Solidaritätszuschlag“ wird im Bundestag beschlossen, er soll für eine Übergangszeit den Aufbau der neuen Bundesländer fördern.

2. September

Mauerschützen-Prozess in Berlin beginnt.

20. September

Ausschreitungen vor Asylbewerberheim von Hoyerswerda, die ausländerfeindlichen Aktionen führen auch an anderen Orten zu Nachahmertaten.

14. November

Stasiunterlagengesetz ermöglicht Betroffenen Einsicht in alle zu ihrer Person erreichbaren Stasiakten.

1991

Gesellschaft für deutsche Sprache (Wiesbaden) sieht „Besserwessi“ als Wort des Jahres 1991.

1992

2. Januar

Beginn der Stasi-Akteneinsicht bei der „Gauck-Behörde“.

5. Januar

Thüringens Ministerpräsident Duchac (CDU) wird nach Rücktritt aufgrund einer Stasi-Verstrickung durch den aus Rheinland-Pfalz kommenden Vogel (CDU) ersetzt.

29. Januar

Russland zwingt den nach Moskau gegangenen Ex-DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker zur Rückkehr nach Deutschland, am 12.11. beginnt ein Prozess gegen ihn.

24. August

Schwere Ausschreitungen gegen Ausländer (besonders Vietnamesen) in Rostock, ein Wohnheim wird von Rechtsextremen angezündet.

8. November

Unter Teilnahme von Bundespräsident von Weizsäcker (CDU) Massendemonstration in Berlin gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit.

23. November

Brandanschlag in Mölln (Schleswig-Holstein), Rechtsextreme zünden ein von Türken bewohntes Haus an, es gibt drei Todesopfer.

Seite 2 von 16

Präsentiert von



EURE GESCHICHTE

Das Schulprojekt zur DDR und
Nachwendegeschichte

1993

13. Januar

Gesundheitsbedingte Einstellung des Honecker-Prozesses, Ausreise desselben nach Chile.

17. Januar

„Nacht der 1000 Feuer“ im Ruhrgebiet, Stahlarbeiter demonstrieren gegen drohende Arbeitslosigkeit.

15. März

Erster FCKW-freier Kühlschrank der Welt wird in Sachsen produziert (Foron GmbH).

23. März

Abriss des „Palastes der Republik“ (Ex-Parlaments- bzw. Regierungsort) in Ostberlin wird beschlossen, entgegen Protesten.

7. Mai

Kalikumpel in Bischofferode (Thüringen) besetzen ihr eigenes Kalibergwerk und stoßen große Protestwellen („Bischofferode ist überall“) an, um dessen Schließung zu verhindern. Im Dezember 1993 wird das Bergwerk trotzdem geschlossen bzw. „abgewickelt“.

1. Juli

Das Postleitzahlensystem wird gesamtdeutsch – alle Orte erhalten eine fünfstellige PLZ.

14. August

Das Stahlwerk Duisburg-Rheinhausen wird – trotz großer Proteste – geschlossen.

September

„Alles nur geklaut“ von den Leipziger Prinzen platziert sich auf deutschen Hitlisten monatelang.

17. Dezember

Die Bahn wird gesamtdeutsch – neuer Titel wird „Deutsche Bahn AG“.

1994

15. April

Die Jürgen Schneider AG geht in Konkurs – Schneider war zuvor besonders in Ostdeutschland als Großinvestor aufgetreten.

12. Mai

Zirka 60 rechtsradikale Jugendliche machen in Magdeburg Jagd auf Schwarzafrikaner. Es gibt Verletzungen und Kritik an der spät eingreifenden Polizei.

29. Mai

Erich Honecker stirbt 81jährig in Chile.

28. Juni

Sachsen-Anhalt - nach der Landtagswahl entstehen fragile Mehrheitsverhältnisse, eine rot-grüne Minderheitsregierung braucht die Duldung der PDS.

31. August

Abzug der letzten russischen Soldaten aus Ostdeutschland.

11. September

Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen (SPD siegt mit Manfred Stolpe in Brandenburg, CDU mit „König Kurt“ (Biedenkopf) in Sachsen).

Seite 3 von 16

Präsentiert von



EURE GESCHICHTE

Das Schulprojekt zur DDR und Nachwendegeschichte

Seite 4 von 16

16. Oktober

Bei der Bundestagswahl behauptet sich die christlich-liberale Koalition trotz Stimmverlusten knapp. Die PDS kann trotz gesamtdeutsch erreichten 4,4% durch vier Direktmandate Bundestagsabgeordnete stellen.

3. November

Der Prozess gegen Erich Mielke, den letzten „Stasi-Minister“ der DDR, wird aus Gesundheitsgründen eingestellt. Er wird daher auch 1995 aus der Haft entlassen.

31. Dezember

Ende der „Treuhand“-Arbeit, die Bundesanstalt hat ihre Restrukturierungsarbeit abgeschlossen. - Nach wie vor schwankt in der Öffentlichkeit die gegenseitige Wahrnehmung von Ost- und Westdeutschen.

1995

1. April

Auf der Cebit-Messe wird eine Aufsehen erregende Software der aus Jena stammenden NetConsult GmbH vorgestellt, die in Anlehnung an die DDR Internshop-Software genannt wird.

29. April

Bundesgartenschau erstmals in Ostdeutschland (Cottbus) eröffnet.

1996

18. Januar

Anschlag auf ein Asylbewerberheim in Lübeck (Schleswig-Holstein), 10 Menschen sterben. Die Täter bleiben unentdeckt.

5. Mai

Eine Volksabstimmung ergibt eine Mehrheit gegen die Fusion von Berlin und Brandenburg.

30. Juni

Deutschland wird Fußball-Europameister, bei der deutschen Mannschaft spielt auch der in Dresden geborene Matthias Sammer eine wichtige Rolle.

16. Oktober

„Kranballett“ am Potsdamer Platz, der einstigen Mauer-Brache - eine Richtfestfeier am Daimler-Benz-Gebäude wird groß begangen.

1997

26. April

Bundespräsident Herzog (CDU) hält im neu eröffneten Hotel Adlon (am Brandenburger Tor) die „Ruck-Rede“, in der er die vereinten Deutschen zu neuen und besonderen Anstrengungen auffordert.

27. Mai

Der Ex-DDR-Spionagechef Markus Wolf wird in einem Prozess zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt.

Juli

Flugblatt-Affäre im Grenzgebiet Thüringen-Bayern, die Flugblätter hetzen gegen schmarotzende „Ossis“ und verkünden z.B., die Mauer müsse wieder „hochgezogen werden“.

23. Juli

Oder-Hochwasser, drei Wochen lang kämpfen Bevölkerung, THW, Bundeswehr u.a. gegen die Flut und ihre Folgen.

Präsentiert von



EURE GESCHICHTE

Das Schulprojekt zur DDR und Nachwendegeschichte

Seite 5 von 16

1999

Frühjahr

Christian Pfeiffer sorgt für Diskussionen mit seinen Thesen zur Kindererziehung in der DDR, die seiner Meinung nach direkt mit der Ausländerfeindlichkeit und Obrigkeitshörigkeiten bei Ostdeutschen verbunden werden könne.

5. September

Verluste der SPD bei Landtagswahlen in Brandenburg und im Saarland. In Brandenburg kann MP Stolpe (SPD) per Koalition weiter regieren, aber die Stimmenzuwächse gehen an CDU und PDS, außerdem zieht die DVU in den Landtag ein.

12. September

Landtagswahl Thüringen erbringt absolute Mehrheit für die CDU, die SPD fällt erstmals auf Rang 3 (hinter der PDS) zurück.

15. September

Landtagswahl Sachsen bestätigt absolute Mehrheit der CDU.

9. November

Pünktlich zum Wende-Jubiläum kommen die Filme „Sonnenallee“ und „Helden wie wir“ in die Kinos.

2000

28. Januar

100 Jahre Deutscher Fußball Bund – der DFB feiert das Jubiläum am Gründungsort Leipzig.

Präsentiert von



EURE GESCHICHTE

Das Schulprojekt zur DDR und Nachwendegeschichte

Seite 6 von 16

Frühjahr

Die sogenannte „Spendenaffäre“ erschüttert die CDU und besonders den Rückhalt für den Vorsitzenden Helmut Kohl. Am 10.4.2000 wird Angela Merkel (aufgewachsen in Templin) seine Nachfolgerin im Parteivorsitz.

11. Juni

In Dessau wird ein Mosambikaner von Rechtsradikalen zu Tode geprügelt.

21. August

Bundeskanzler Schröder (SPD) bereist über zwei Wochen die neuen Bundesländer, ein wichtiges Gesprächsthema ist hierbei rechtsradikale Gewalt.

3. Oktober

Dresdens Semperoper ist der Ort für die offiziellen Feierlichkeiten zu 10 Jahren deutscher Einheit. Am gleichen Tag tritt der Bundestagsfraktionsvorsitzende der PDS, Gregor Gysi, von seinem Amt zurück.

11. Oktober

Marianne Birthler (Ex-Bürgerrechtlerin) übernimmt von Joachim Gauck das Amt der Bundesbeauftragten in Sachen Stasi-Akten.

2001

31. Januar

Arbeitslosenzahl übersteigt wie 2000 wieder die Zahl von vier Millionen. Über das gesamte Jahr 2001 betrachtet liegt die Quote im Westen bei 7,2%, in den neuen Bundesländern bei 17,3%.

2. Juli

Der PDS-Parteivorstand verurteilt in einer Erklärung den Mauerbau von 1961, entschuldigt sich aber nicht für die sogenannten „Mauertoten“.

23. September

Die populistische „Schill-Partei“ erreicht bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 19,4% der Stimmen. Der rot-grüne Senat wird von CDU, Schill-Partei und FDP abgelöst. (2004 platzt diese Koalition wieder, die Schill-Partei verschwindet.)

31. Dezember

Die D-Mark verabschiedet sich – ab 2002 gilt der Euro. Viele Skeptiker erwarten ein „Aufweichen“ der Währungsstabilität.

2002

21. April

Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, Ministerpräsident Höppner (SPD) wird nach starken Verlusten der SPD durch den CDU-Kandidaten Böhmer abgelöst.

11. August

Die sogenannte „Jahrhundertflut“ erreicht Dresden. Bundeskanzler Schröder besucht persönlich die betroffenen Gebiete und veranlasst schnelle und unbürokratische Hilfe.

22. September

Die rot-grüne Koalition behauptet sich knapp bei der Bundestagswahl, Schröder (SPD) bleibt Bundeskanzler. Angela Merkel wird auch CDU-Bundestagsfraktionsvorsitzende.

Präsentiert von



EURE GESCHICHTE

Das Schulprojekt zur DDR und Nachwendegeschichte

Seite 7 von 16

Herbst

Angesichts schlechter Wirtschaftsdaten muss die Bundesregierung Sparpläne verkünden, Schröder arbeitet auch an einer „Agenda 2010“, die u.a. ein HARTZ-IV-Konzept beinhalten wird und im März 2003 verkündet wird.

2003

13. Februar

„Good bye Lenin“ setzt die Reihe erfolgreicher Kinofilme mit DDR-Aufarbeitungscharakter auf humorvolle Weise fort.

3. April

Eine halbe Million Menschen (aus Kreisen von PDS und Gewerkschaften, aber auch aus SPD und GRÜNEN) demonstrieren gegen die „Agenda 2010“.

3. Mai

Dresdens Frauenkirche feiert einen Festgottesdienst – für sieben neue Glocken.

18. Dezember

Der im August 1997 verurteilte Ex-DDR-Staats- und Parteichef Egon Krenz wird vorzeitig auf Bewährung entlassen.

2004

29. Januar

„Opferrente“ für Verfolgte des SED-Regimes wird im Bundestag abgelehnt.

19. April

Beginn von „Montagsdemonstrationen“ in Leipzig, die sich nun gegen HARTZ IV und die Agenda 2010 richten, aber jetzt aus sehr linkem Umfeld kommen.

13. Juni

Landtagswahl in Thüringen wird mit Zugewinnen von fast 5% Erfolg für die PDS (26,1% gesamt), stärkste Partei bleibt aber die CDU mit Ministerpräsident Althaus.

30. Juli

Wiederaufbau der Frauenkirche in Dresden wird offiziell beendet!

6. August

Letzter „Mauerschützen“-Prozess, zwei Funktionäre werden auf Bewährung verurteilt.

19. September

Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg bringen für SPD und CDU hohe Verluste. In Brandenburg wird die PDS mit 28% stärkste Oppositionspartei, die rechtsextreme DVU erreicht 6,1%. Sachsen sieht eine mit 23,6% gestärkte PDS, SPD und rechtsextreme NPD sind mit 9,8% bzw. 9,2% fast gleichauf.

22. September

Solidarpakt Ost wird gemäß Plan der Bundesregierung auf weitere 15 Jahre verlängert.

Präsentiert von



EURE GESCHICHTE

Das Schulprojekt zur DDR und Nachwendegeschichte

2005

22. Januar

WASG (Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit) neu gegründet, die Partei ist eine Abspaltung von der SPD und vor allem gegen die „Agenda 2010“. 2006 bis 2007 fusioniert die WASG mit der PDS in mehreren Schritten zur Partei „Die Linke“.

1. Februar

Fünf Millionen Arbeitslose in Deutschland.

18. September

Vorgezogene Bundestagswahl erbringt einen Machtwechsel, da die CDU/CSU mit 35,2% knapp vor der SPD mit 34,2% landet. FDP, Linkspartei/PDS und GRÜNE erreichen Werte von knapp unter 10%. Eine Große Koalition mit Kanzlerin Merkel ist die Folge.

15. November

Matthias Platzeck aus Brandenburg wird neuer SPD-Vorsitzender.

22. November

Angela Merkel (geboren in Hamburg, aufgewachsen in Templin/DDR) wird erste Frau (und erste Ostdeutsche) im Bundeskanzleramt.

2006

19. Januar

Bundestag stimmt für Abriss des „Palastes der Republik“ in Ostberlin.

26. März

Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt erbringen sehr unterschiedliche Ergebnisse. In Sachsen-Anhalt erstarbt die LINKE auf 24,1%, CDU (36,2%) und SPD (21,4%) schließen unter Ministerpräsident Böhmer eine Große Koalition ab. Die DVU ist nicht mehr vertreten.

10. April

Matthias Platzeck tritt aus Gesundheitsgründen vom SPD-Vorsitz zurück.

12. Mai

Der über die Stasipraktiken berichtende Kinofilm „Das Leben der Anderen“ gewinnt den Deutschen Filmpreis.

8. Juli

Die Fußball-WM begeistert als „Sommermärchen“ die Fans, Deutschland wird WM-Dritter.

19. September

Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. In Berlin bleibt der rot-rote Senat unter Klaus Wowereit (SPD) im Amt. Mecklenburg-Vorpommern sieht die SPD mit ca. 30% vorn, Ministerpräsident Ringstorff (SPD) regiert weiter mit Hilfe der CDU. Auffällig ist der Parlamentseinzug der NPD mit 7,3% und das nochmalige Scheitern der GRÜNEN an der 5%-Hürde.

2007

6. Februar

Wolf Biermann (DDR-Liedermacher und aus der DDR 1976 ausgewiesener Oppositioneller) wird Ehrenbürger von Berlin.

Seite 8 von 16

Präsentiert von



EURE GESCHICHTE

Das Schulprojekt zur DDR und Nachwendegeschichte

31. Mai

Inbetriebnahme des für Europa ersten Weltraum-Wetterbeobachtungs-Teleskops in Greifswald.

6. Juni

Heiligendamm (Ostseeküste) wird Tagungsort für den G8-Gipfel mit Kanzlerin Merkel.

13. Juni

Sonderrente für Stasi-Opfer wird (unter gestimmten Voraussetzungen) im Bundestag beschlossen.

16. Juni

Einer der beiden Vorsitzenden der neu fusionierten Partei „DIE LINKE“ wird Oskar Lafontaine, Ex-SPD-Vorsitzender.

4. Dezember

Neuer PISA-Test ergibt bessere Ergebnisse für deutsche Schüler/innen. Sachsen und Sachsen-Anhalt verzeichnen den stärksten Verbesserungswert.

2008

21. Januar

Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen. Niedersachsen wird weiter von CDU und FDP regiert, in Hessen gelingt erstmals DER LINKEN ein Einzug in ein westdeutsches Landesparlament. Hessens SPD-Chefin Ypsilanti versucht daraufhin, mit Hilfe von LINKEN und GRÜNEN Ministerpräsident Koch (CDU) zu stürzen, was aufgrund des Widerstands einer SPD-„Abweichlergruppe“ im Landtag scheitert.

24. Februar

Auch in Hamburg erreicht DIE LINKE bei der Bürgerschaftswahl über 5%. CDU und GRÜNE bilden die nächste Senatsregierung.

18. September

Aufgrund der begonnenen „Finanzkrise“ werden drei Manager der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) suspendiert, die noch bis zuletzt die insolvente LEHMANN-Bank per Überweisung bedient hatten.

31. Oktober

Kanzlerin Merkel und Finanzminister Steinbrück (SPD) verkünden angesichts wachsender Ängste eine Staatsgarantie für private Geldeinlagen und Girokonten. Später wird ein „Rettungsfonds“ für bedürftige Banken aufgelegt, auch größere Firmen werden gestützt.

2009

14. Januar

Kanzlerin Merkel fordert die Deutschen zu mehr „Gemeinsinn“ auf, um die großen Probleme infolge der Finanzkrise meistern zu können.

21. Mai

Sensationsmeldung aus dem Stasi-Archiv: Der Mord an Benno Ohnesorg (1967 erschossen) wurde von einem westdeutschen Politzisten verübt, der Mitarbeiter der Stasi (IM = inoffizieller Mitarbeiter) war. Wurde die durch diesen Mord stark anwachsende 68er-Bewegung also von der DDR befördert?

Seite 9 von 16

Präsentiert von



EURE GESCHICHTE

Das Schulprojekt zur DDR und Nachwendegeschichte

30. August

Landtagswahlen im Saarland, in Sachsen und Thüringen. Im Saarland kann Ministerpräsident Müller (CDU) weitermachen, in Sachsen ist die mit 40,2% stagnierende CDU zu einer Koalition mit der FDP gezwungen. Die LINKE verliert in Sachsen 3%, die NPD bleibt unter 5%. Thüringen sieht eine stark geschwächte CDU (statt 45 nur noch 31,2%), die mit der SPD koalieren muss.

27. September

Superwahltag mit Bundestagswahl und Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Brandenburg. Die BT-Wahl bestätigt die CDU/CSU trotz Verlusten als stärkste Kraft, hinter der von 34% auf 23% abgestürzten SPD landen FDP, LINKE, GRÜNE auf den Plätzen. Kanzlerin Merkel regiert mit der FDP weiter. – In Brandenburg bleiben SPD und LINKE stabil und können weiter regieren.

2010

Januar

3,6 Mio Arbeitslose sind in Deutschland gemeldet, die Quote zwischen Ost (13,5%) und West (7,4%) unterscheidet sich nicht mehr so stark wie früher. Allerdings haben ca. 50% der Menschen in Ostdeutschland mittlerweile seit 1990 - z.T. kurzfristig - Arbeitslosigkeit erlebt.

30. Juni

Christian Wulff (Niedersachsen) wird bei einer vorgezogenen Wahl des Bundespräsidenten als CDU-Kandidat gewählt. Der Rostocker Joachim Gauck (Kandidat von SPD und GRÜNEN) unterliegt.

1. Oktober

ZDF-Politbarometer ergibt ein Umfragebild mit insgesamt 84% Zustimmung zur Wiedervereinigung als „richtiger Entscheidung“. Die Zustimmung im Osten liegt sogar bei 88%. – Eine Zustimmung von zwischen 80-90% hatten bereits die Umfragen von 1990 ergeben.

2011

20. März

Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt bestätigt (trotz Verlusten) die CDU als stärkste Partei mit 32,5%, gefolgt von den LINKEN (23,7%) und der SPD (21,5%) sowie den GRÜNEN (7,1%). Die NPD scheitert mit der FDP an der 5%-Hürde. Reiner Haseloff (CDU) folgt als Ministerpräsident auf Wolfgang Böhmer.

4. September

Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern sieht wieder die SPD mit ca. 35% vorn, die Koalition mit der CDU wird daher fortgesetzt. Auch LINKE (18%), NPD (6%) und GRÜNE (fast 9%) gelangen in den Landtag.

25. Oktober

In Prenzlau (Brandenburg) startet das erste deutsche Wasserstoff-Hybridwerk.

18. November

Krisengipfel verschiedener Ministerien zur „Zwickauer-Neonazi-Zelle“. Die Mordserie (auch als NSU-Affäre bekannt) beschäftigt Politik, Behörden und Gerichte noch lange.

Seite 10 von 16

Präsentiert von



EURE GESCHICHTE

Das Schulprojekt zur DDR und Nachwendegeschichte

2012

18. März

Ein Rostocker wird Bundespräsident: Joachim Gauck wird nach dem Rücktritt von Christian Wulff gewählt, er übt 2012-2017 das Amt des Staatsoberhauptes aus.

Zwischen 1990 und 2012 sinken für alle ostdeutschen Bundesländer die Einwohnerzahlen, nur Bremen und das Saarland verzeichnen vergleichbare Zahlen.

23. März

Vorgezogene Landtagswahl im Saarland, die CDU bleibt stärkste Partei (35,2%) und regiert weiter mit Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer. Die SPD erstarbt auf 30%, gefolgt von der LINKEN mit noch 16%.

2. Mai

Rückschlag für den Vormarsch der LINKEN bei Wahlen in Westdeutschland. Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen beschert ihr nur 2,5%! Vorn liegt die nun wieder regierende SPD mit 39,1%.

17. September

4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung besagt, dass sich die finanzielle Ausstattung in Ost- und Westhaushalten immer mehr angleicht.

2013

6. Januar

4. Verschiebung der Eröffnung des geplanten Flughafens Berlin-Brandenburg. Daraufhin tritt Berlins Bürgermeister Wowereit als Vorsitzender des Aufsichtsrats zurück, die Nachfolge übernimmt Brandenburgs Ministerpräsident Platzeck.

14. April

Gründungsparteitag der Alternative für Deutschland (AfD), die im Kern den Austritt Deutschlands aus der Eurozone fordert.

23. Mai

SPD feiert ihren 150. Jahrestag im Gründungsort Leipzig.

22. September

Wahlerfolg für die CDU/CSU bei der Bundestagswahl, die sie mit 41,5% klar gewinnt. SPD (25,7%) und LINKE sowie GRÜNE mit etwas über 8% folgen, AfD und FDP scheitern an der 5%-Hürde. Angela Merkel bleibt Kanzlerin einer nun wieder schwarz-roten Koalition.

2014

25. Mai

Europawahl – bei geringer Wahlbeteiligung von 48% gelingt der AfD der Sprung über die 5%-Hürde. Vor ihr liegen die LINKE (7,4%), die GRÜNEN mit 10,% und SPD (27,3%) sowie CDU/CSU (35,3%).

Seite 11 von 16

Präsentiert von



EURE GESCHICHTE

Das Schulprojekt zur DDR und Nachwendegeschichte

13. Juli

Deutschland ist wieder Fußball-Weltmeister – allerdings mit nur einem in Ostdeutschland geborenen Teilnehmer (Toni Kroos).

31. August

Die AfD erhält bei der Landtagswahl in Sachsen aus dem Stand fast 10%. Gewinner ist trotz stagnierender Zahlen die CDU mit 39,4%, großer Verlierer die auf 3,8% abstürzende FDP. Eine schwarz-rote Koalition regiert künftig Sachsen.

14. September

Landtagswahlen in Thüringen und Brandenburg mit Wahlbeteiligungen von nur ca. 50% ergeben in Thüringen schwierige Mehrheitsverhältnisse und den Einzug der AfD mit 10,6%. Bodo Ramelow (LINKE) sieht die Chance eines Machtwechsels und bildet eine rot-rot-grüne Koalition unter seiner Führung als Ministerpräsident. Für Brandenburg kann die rot-rote Koalition trotz Verlusten der LINKEN weitermachen. Einzug der AfD mit 12,2%.

20. Oktober

Beginn der sogenannten „Pegida“-Demonstrationen in Dresden, die bald auch anderswo in Anlehnung an die „Montagsdemonstrationen“ stattfinden und sich im Kern gegen die Einwanderungs-/Asylpolitik der Bundesregierung richten. Besonders die AfD unterstützt diese polarisierenden Veranstaltungen.

2015

Seite 12 von 16

13. Januar

„Lügenpresse“ wird Unwort des Jahres 2014, es war besonders im Umfeld der Pegida-Demonstrationen aufgetaucht.

„Abgehängte Regionen im Osten“ werden zunehmend ein Thema, obwohl es diese Phänomene auch in Westdeutschland gibt. Die Stadt Aschersleben in Sachsen-Anhalt verliert z.B. von 1988 (ca. 340000 Einwohner) bis 2017 (28000 E.) über ein Sechstel ihrer Einwohner.

15. Februar

Hamburgs Bürgerschaftswahl sieht den Sieg der SPD (45,6%), dazu den für Westdeutschland ersten Einzug der AfD (6,1%) in ein Landesparlament.

4. Juli

Die AfD rückt nach rechts, Gründer Bernd Lucke verlässt nach dem AfD-Bundesparteitag die Partei.

Sommer bis Winter

Weiterhin Debatten über die sogenannte „Eurokrise“ und über „Retzungspakete“ für Griechenland, dazu zunehmende Berichte über die sogenannte „Flüchtlingskrise“: Besonders durch den Syrienkrieg vervielfachen sich Migrantenströme in Richtung Europa und Deutschland.

21. August

In Heidenau (Sachsen) gibt es Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei, die Demonstranten wollen die Zufahrt zu einer geplanten Flüchtlingsunterkunft blockieren.

Präsentiert von



EURE GESCHICHTE

Das Schulprojekt zur DDR und Nachwendegeschichte

31. August

Kanzlerin Merkel sagt im Hinblick auf den zu erwartenden Flüchtlingsansturm den Satz: „Wir schaffen das!“

19. Dezember

Der Dirigent Kurt Masur stirbt, er hatte 1989 bei der entscheidenden und friedlich verlaufenden Leipziger Montagsdemonstration („Heldenstadt Leipzig“) eine wichtige Rolle gespielt.

2016

Winter 2015/2016 und Frühjahr 2016

Hunderttausende Flüchtlinge drängen nach Deutschland, z.T. gehen sie zu Fuß über die Grenze (besonders in Bayern). Aufnahmelager und Verwaltungsstellen stoßen an ihre Grenzen.

21. Februar

Eine Flüchtlingsunterkunft in Bautzen (Sachsen) wird vor Bezug angezündet, Schaulustige behindern mit z.T. fremdenfeindlichen Sprüchen die Löscharbeiten.

13. März

Landtagswahl in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt. In den ersten beiden Wahlen werden die Amtsinhaber (Malu Dreyer, SPD; Winfried Kretschmann, GRÜNE) bestätigt. In Sachsen-Anhalt ereignet sich ein Erdbeben, die AfD erringt aus dem Stand 24,3% der Stimmen. Die Regierung unter Ministerpräsident Haseloff (CDU) kann nur noch mit Hilfe von nun zwei weiteren Koalitionspartnern (SPD, GRÜNE) regieren.

30. Juni

Die Arbeitslosenzahl ist auf dem tiefsten Stand seit 1991.

Juli

Ein Schüler läuft Amok, 10 Menschen mit Migrationshintergrund sterben in München. In Ansbach zündet ein Syrer eine Bombe, er selbst stirbt, 15 Menschen werden verletzt. Der IS (Islamische Staat) bekennt sich zu der Tat.

30. September

Mecklenburg-Vorpommerns Landtagswahl zeigt auch hier den Aufstieg der AfD (20,8%), SPD, LINKE, GRÜNE und CDU verlieren Anteile, die NPD verfehlt diesmal die 5%-Hürde. SPD und CDU bilden wieder eine Koalition.

3. Oktober

Wiedervereinigungsfeier in Dresden wird von Demonstranten gestört, Rufe wie „Volksverräter“ oder „Merkel muss weg“ richten sich gegen die anwesenden Staatsspitzen.

31. Oktober

Der beliebte ostdeutsche Schauspieler Manfred Krug stirbt.

19. Dezember

Weihnachtsmarkt-Anschlag in Berlin, der Tunesier Anri tötet mit einem Lastwagen zwölf Menschen. Anri war als Flüchtling eingereist, seine Gefährlichkeit war eigentlich bekannt – die Behörden stehen in der Kritik.

Seite 13 von 16

Präsentiert von



EURE GESCHICHTE

Das Schulprojekt zur DDR und
Nachwendegeschichte

2017

Mai

Der spätestens nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (Mai 2017, Ablösung der SPD-Landesregierung durch Koalition von CDU und FDP) einsetzende Bundestagswahlkampf wird stark vom Flüchtlingsthema beherrscht, besonders die AfD setzt auf den sofortigen Stopp der Migration und fordert Rückführungen. Die CSU versucht teilweise, ähnliche Töne einzubringen.

16. Juni

Der „Kanzler der Einheit“ (Helmut Kohl) stirbt und wird unter großer Anteilnahme beigesetzt.

24. September

Bundestagswahl, die CDU/CSU kommt nur noch auf 32,9%, die SPD schrumpft auf 20,5%. Da SPD und CDU/CSU unter Kanzlerin Merkel nach längerem Zögern doch wieder eine „Große Koalition“ eingehen, wird die neu im BT vertretene AfD die größte Oppositionspartei. Das ihr turnusgemäß zustehende Amt eines Bundestagsvizepräsidenten wird der Partei aber mehrfach verwehrt. In Ostdeutschland gelangen ihr einige Direktmandate.

2018

14. März

Nach langen Verhandlungen – und dem Drängen von Bundespräsident Steinmeier – „steht“ die neue Regierung, Angela Merkel wird wieder Kanzlerin.

14. März

Arbeitslosenquote: Die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland ist auf einem historischen Tiefstand (7,6 %), im Vergleich zu Westdeutschland (5,8%) ist sie aber nach wie vor höher. Begonnen hatte die vergleichbare Statistik 1990 (Ost: 10,3%, Westen 7,3%), Höchststände gab es 2005 (20,6% im Osten, 13% im Westen).

Migration: Ost- und Westdeutschland verzeichnen (auch in Zeiten der sogenannten „Flüchtlingskrise“) völlig unterschiedliche Quoten, wobei hier auch deutschsprachige Migranten (z.B. Russlanddeutsche) verzeichnet sind. In Westdeutschland haben 28,6% einen Migrationshintergrund, in den ostdeutschen Bundesländern nur 8%. Letzteres entspricht einem Zuwachs von 2,5% gegenüber 2017.

Bruttoinlandsprodukt: Trotz ansteigender bzw. aufholender Entwicklung „hinkt“ Ostdeutschland nach wie vor hinterher. Mecklenburg-Vorpommern ist mit 27.905 Euro p.P. Schlusslicht, davor stehen die anderen vier neuen Bundesländer! Das hier vorne stehende Sachsen mit 31.008 Euro p.P. ist dabei noch weit entfernt vom bundesweiten Durchschnitt von 40.851 Euro p.P.

11. Juli

Beate Zschäpe und einige ihrer rechtsradikalen Mittäter werden im NSU-Prozess zu Haftstrafen verurteilt.

7. Dezember

Merkel gibt den CDU-Vorsitz ab, Nachfolgerin wird Annegret Kramp-Karrenbauer.

Seite 14 von 16

Präsentiert von



EURE GESCHICHTE

Das Schulprojekt zur DDR und
Nachwendegeschichte

2019

2. April

35% der Ostdeutschen (und 33% der Muslime in Deutschland) fühlen sich gemäß einer Umfrage von ZEIT ONLINE als „Bürger zweiter Klasse“.

2. Juni

Der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke (CDU) wird von einem Rechtsextremisten erschossen.

September/Oktober

Sachsen: Drei Landtagswahlen in Ostdeutschland bestätigen den Aufstieg der AfD, die allerdings in keinem Land die relative Mehrheit erringen kann.

Sachsen wird künftig von einer Dreierkoalition regiert (CDU mit Ministerpräsident Kretschmer, SPD, GRÜNE), die AfD ist mit 27,5% zweitstärkste Kraft geworden.

Brandenburg: Brandenburg steigt bei der Landtagswahl auf eine Dreierkoalition um: SPD, CDU und GRÜNE wählen Dietmar Woidke zum Ministerpräsidenten. Die AfD erhält hier 23,5%.

Thüringen: Thüringen bestätigt die Position von die LINKE (Partei von Ministerpräsident Ramelow), die mit 31% erstmals stärkste Kraft wird und nun eine schwierige Regierungsbildung vor sich hat. Die AfD mit ihrem stark rechtsnational auftretenden „Flügel“ unter Björn Höcke erhält 23,4%. Zusammen haben also stark links und stark rechts ausgeprägte Parteien erstmals in einem Bundesland die absolute Mehrheit gewonnen, die „Altparteien“ schrumpfen.

9. Oktober

Rechtsextremer Anschlagversuch auf die Synagoge in Halle, zwei Unbeteiligte werden erschossen.

9. November

30 Jahre Mauerfall, in die Feierlichkeiten mischen sich aber auch kritische Untertöne und Proteste („Vollende die Wende“ u.a.).

2020

5. Februar

Die Landtagswahl in Thüringen erbringt unklare Mehrheitsverhältnisse bei starken Zugewinnen von DIE LINKE und AfD. Eine stark umstrittene Wahl des neuen Ministerpräsidenten Kemmerich (FDP) führt zu dessen baldigem Rücktritt und der Wiederwahl von Ministerpräsident Ramelow (LINKE).

20. Februar

Bei einer „rechtsextremen Terrorakt“ in Hanau werden neun Menschen ermordet. Im Gefolge von weiteren Untersuchungen werden – auch bei der Bundeswehr – verschiedene rechtsextremistische Einzeltäter und Netzwerke zum Thema aufgedeckt.

23. Februar

Bürgerschaftswahl in Hamburg bestätigt trotz leichter Verluste die dort regierende SPD (39%), welche mit den GRÜNEN weiter regieren kann.

Seite 15 von 16

Präsentiert von



EURE GESCHICHTE

Das Schulprojekt zur DDR und Nachwendegeschichte

Ab März

Nach einem „Shutdown“ des öffentlichen Lebens im März kämpfen Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft mit den Folgen der Pandemie durch das Coronavirus. „Rettungspakete“ und z.T. starke Einschränkungen im öffentlichen Leben führen zu starken Diskussionen und auch Gegendemonstrationen („Coronaleugner“).

Mai bis September

In Ostdeutschland sind die Corona-Infektionszahlen im Durchschnitt vergleichsweise gering. Proteste gegen die Coronaregeln (als Ausdruck einer „Coronadiktatur“) finden hier – genau wie bei z.B. starken Protesten in Stuttgart – starken Widerhall, AfD und rechtsextreme Gruppierungen beteiligen sich teilweise an den „Coronademos“.

Seite 16 von 16

Präsentiert von

